

# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien  
E-Mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nummer 2 / Juni 2017

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

## BLICK ZURÜCK IM ZORN

### Das war Schwarz-Blau

Von Februar 2000 bis Oktober 2006 wurde Österreich von einer schwarz-blauen(orangen) Koalition regiert. Die Folgen für unser Land waren und sind nachhaltig desaströs.

Zur Erinnerung nur einige Schlaglichter:

- ▶ Verkauf öffentlichen Eigentums im Wert von rund 6 Mrd.€ (Buwog, BIG, Telekom Austria, Staatsdruckerei, VA Stahl, AUSTRIA Tabak; voestalpine), zum Teil äußerst kostengünstig an „Freunde der Regierung“
- ▶ Hypo-Alpe Adria, der größte Wirtschaftskriminalfall der 2. Republik (Milliardenkosten für Steuerzahler)
- ▶ Eurofighter- Beschaffung (Schmiergeldzahlungen Vermittlungsprovisionen und Gegengeschäfte ohne erkennbare Gegenleistung)
- ▶ Gruppenbesteuerung kostet die Steuerzahler ca. 500 Millionen Euro im Jahr und begünstigt Reiche und Konzerne
- ▶ Der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung der Arbeiter wurde abgesenkt

**Das nennt man klare Umverteilungspolitik hin zum Regierungsklientel, während auf der anderen Seite Sozialleistungen gekürzt wurden:**

Die Pensionsreform 2000/2003:

- ▶ Erschwerter Pensionszugang
- ▶ Abschlagserhöhung bei Pensionsantritt vor 60/65
- ▶ Witwen/Witwerpensionskürzung
- ▶ Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. (Auf diese Pensionsart waren fast ausschließlich schlecht qualifizierte Hilfsarbeiter mit Gesundheitsproblemen angewiesen. Viele dieser ohnehin schwer belasteten Gruppe warten nun 4,5 Jahre länger auf die Pension.)
- ▶ Pensionskürzungen im ASVG Arbeitsmarkt
- ▶ Streichung des Bundesbeitrages zum

Arbeitsmarktservice:

- ▶ Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung
- ▶ Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosigkeit
- ▶ Verschlechterungen beim Bezug von Arbeitslosenleistungen
- ▶ Entfall des »Postensuchtages«

Krankenversicherung:

- ▶ höhere und mehr Selbstbehalte in der Krankenversicherung (z.B.: Sehbehelfe)
- ▶ Kürzung der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung
- ▶ Erhöhung des Spitalkostenbeitrages
- ▶ Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge

Weiters:

- ▶ Einführung von Studiengebühren
- ▶ Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von Handelsangestellten
- ▶ Und weil das noch nicht reichte, wurde die gesamte Bevölkerung mit Steuer- und Gebührenerhöhung belastet
- ▶ Erhöhung der Energiesteuer
- ▶ Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer, der Tabaksteuer
- ▶ Verteuerung der Autobahn-Vignette

Trotz des angekündigten Nulldefizits war eine weitere Staatsverschuldung das Resultat.

**Wenig beachtet bleibt die Tatsache, dass die FPÖ auch in der Opposition seit 2006 meilenweit entfernt von einer „s o z i a l e n“ Heimatpartei ist. Auch dazu einige Beispiele:**

Die FPÖ stimmt

- ▶ gegen die Erhöhung des Pflegegeldes gegen ein Gesetz zur Eindämmung von Lohn- und Sozialdumping

► gegen die Möglichkeit für Bauarbeiter, vor Antritt einer Pension

► Überbrückungsgeld zu beziehen, um eine Schwerarbeitspension zu erhalten

*"Ich kann mich an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte", urteilt der Sozialstaatsexperte Emmerich Talos.*

## BLICK VORAUSS IN SORGE

Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ scheint sehr wahrscheinlich. Nicht, dass unsere derzeitige Regierung das Gelbe vom Ei wäre. In diesem Artikel geht es aber darum, dass diese angebliche „Partei des kleinen Mannes“ – diese Bezeichnung alleine ist schon Hohn genug – die FPÖ, für den überwiegenden Teil der österreichischen Bevölkerung nichts als Schaden bringt.

**Das Machwerk „Mut zur Wahrheit“ des blauen neoliberalen Wirtschaft-Think-Tanks „Attersee-kreis“** offenbart, dass Strache, Haimbuchner und Co. die oben skizzierte Politik verstärkt fortsetzen

wollen. Nur einige der genannten Vorhaben seien hier zur Veranschaulichung genannt:

► Der erste Krankenstandstag soll als Urlaubstag gelten

► Die Mindestsicherung soll auf 65% des niedrigsten Kollektivvertrags gesenkt werden

► Kürzung der Mindestpension von 870€ auf 650€

► Einfrieren der Familienbeihilfe

Zuletzt hat nun Strache seinen grundsätzlichen Angriff auf Arbeitnehmerrechte verkündet: Er will die Kammern abschaffen, insbesondere die Arbeiterkammer, die gesetzliche Interessensvertretung der Arbeit und Angestellten. (Das sind jene, die als kleine Männer bezeichnet werden – von Frauen ist sowieso keine Rede). Das ist ein offener Angriff auf Arbeitnehmerrechte und in seiner Vorstellung erst der Beginn hin zu einem politischen System, das als faschistisch zu bezeichnen ist.

Spätestens hier hätte man sich einen Aufschrei der SPÖ erwartet.

Was jedoch von dieser Seite kam, war der „Kriterienkatalog“ mit seinem roten Teppich für die FPÖ.

## Etikettenschwindel: Bildungsreformpaket

Die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer ist erbost, dass trotz der innenpolitischen Turbulenzen das sogenannte Autonomiepaket doch noch zustande kommt. Denn, wie schon oft gehört, das Bildungsreformpaket ist eine Verwaltungsreform – auf die brennenden Probleme der Schule gibt sie keine Antwort zu:

- 40 Prozent lese-, rechen- oder schreibschwache Fünfzehnjährige
- zunehmendes Gewaltpotential unter Kindern und Jugendlichen
- überbordende Aufgaben für Lehrerinnen und Lehrer (von Sozialarbeit über Wissensvermittlung bis hin zu eigentlichen Elternaufgaben)
- Brennpunktschulen (Schulen mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Imigranten)

Wie man aus weltweit gleichlautenden Untersuchungen weiß, ist für das Gelingen von Schule zu rund 90 Prozent das verantwortlich, was die einzelne Lehrperson in der Klasse tut, also der individuelle Unterricht. Und dies sucht man im derzeitigen Bildungsreformpaket vergeblich.

Die vorgesehene Autonomie für Schulen ermöglicht es zwar, sich Unterstützungspersonal (psychologisches oder administratives) zu holen, aber nicht zusätzlich zu, sondern anstatt eines/r Lehrers/Lehrerin. Das würde aber wieder zu einer Erhöhung der KlassenschülerInnenzahl führen.

Von der viel gepriesenen Individualisierung des Unterrichts ist dies wieder ein Schritt weg.

Das Zaubermittel Autonomie sieht auch vor, dass sich Direktoren/Direktorinnen die zu ihrem Standort passenden LehrerInnen aussuchen dürfen – in Zeiten des LehrerInnenmangels ein Witz. Aber wo werden dann die guten LehrerInnen (und es gibt gute und schlechte) landen? Sicher nicht immer an den Brennpunktschulen, denn es ist in dieser Bildungsreform nicht vorgesehen, diese besser auszustatten und attraktiver zu machen.

Dem kann auch der sogenannte Sozialindex (Brennpunktschulen sollen mehr Ressourcen erhalten) nicht abhelfen, solange die vorgesehene Berechnungsart innerhalb eines Bundeslandes erfolgt. Die erschwerten Bedingungen in den Großstädten werden damit nicht berücksichtigt. Darüber hinaus ist nur eine Umverteilung und nicht eine Erhöhung der Ressourcen vorgesehen.

Der zweite Eckpunkt des „Bildungspakets“, die Clusterbildung (Bis zu 8 Schulen werden unter einer Leitung zusammengefasst) ist ein pädagogischer Rückschritt und nichts anderes als eine Einsparungsmaßnahme. Nur kleine Einheiten erleichtern pädagogische Arbeit, das ist eine Binsenweisheit. Wie soll aber eine kilometerweit entfernte Leitung auf täglich aktuelle pädagogische Herausforderungen reagieren. Der Ball bleibt noch

mehr bei den LehrerInnen in den Klassen. Von notwendiger Entlastung keine Spur. Die SchülerInnen bekommen nicht die notwendige Unterstützung und Förderung.

Das Ziel einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen wird in dem Schulreformpaket bis auf die Querelen über die Modellregionen (Regionen, in denen die Gesamtschule erprobt werden soll) außer Acht gelassen, weil die Trennung zwischen Bundes-

(= AHS) und LandeslehrerInnen noch immer nicht aufgehoben wird.

Die Liste, was notwendig wäre aber nicht im „Schulreformpaket“ beantwortet wird, ließe sich noch fortsetzen. Es würde hier den Rahmen sprengen. Zu erkennen ist aber auch hier, was angesagt ist: Jeder gegen Jeden, die Entsolidarisierung unter den am Schulleben Beteiligten, Neid und Missgunst um die vorhandenen Ressourcen, Selektion statt Integration.

## Aluminium: Von der Hautcreme bis zum Klimawandel!

**Wie viele andere industriell genutzte Rohstoffe wird Aluminium überall dort eingesetzt, wo es ökonomische Profite oder militärische Vorteile verspricht. Ganz egal ob es dabei ökologische Katastrophen oder schwere gesundheitliche Probleme auslöst. Die Politik reagiert bei allen diesen Praktiken der Großindustrie, egal ob es Asbest, Pestizide oder die Kernkraft ist, immer gleichartig. Zuerst wird das Problem geleugnet und verharmlost. Nur die Vorteile von Produkten oder Verfahren werden hervorgehoben. Besorgte Menschen, die warnen, werden als Paranoiker oder sonst Verrückte diffamiert. Wenn die Probleme dann offenbar werden, zeigt man sich besorgt und schiebt die Lösung auf die lange Bank, d.h. zur EU, WHO, UNO, usw. ab, wo dann jahrelang unter dem Schutz von Industrie-Lobbyisten an „bedarfsorientierten Grenzwerten“ gefeilt wird – d.h. Grenzwerte, welche die Bedürfnisse der Industrie erfüllen.**

### Teil 1

### **Die tägliche Vergiftung über die Nahrung, Verpackung und Kosmetika!**

Aluminium ist das häufigste Metall in der Erdkruste, aber wegen seiner Giftigkeit für Lebewesen besitzt es keinerlei biologische Funktion. Obwohl seit über hundert Jahren die schädliche Wirkung auf Nervenzellen (Neurotoxizität) bekannt ist, wurde die Gefährlichkeit der Aufnahme von geringen Mengen des Metalls bis vor kurzem verharmlost oder ganz verleugnet. Neuere Untersuchungen erbrachten folgende bestürzende Resultate (1), (2), (3) (4):

*a) Aluminium hat massive neurotoxische Wirkungen;*

*b) die Möglichkeit, dass in Nahrung und Getränken enthaltenes Aluminium in den Blutkreislauf und auch in das Gehirn gelangt, konnte nachgewiesen werden;*

*c) bereits geringe Aluminiummengen, die über längere Zeit aufgenommen werden verursachen neurologische Beeinträchtigungen*

Bei Patienten mit Alzheimer-Demenz waren Proteine, die den lebenswichtigen Transport von Eisen im Körper erledigen, signifikant höher mit Aluminium beladen, als bei Kontrollprobanden. (5) Neben der Alzheimer Demenz wird Aluminium auch als Mitverursacher der Parkinsonkrankheit und anderer neurologischer Erkrankungen wie der Multiplen Sklerose genannt (6).

Knochenerweichung, Asthma, Anämie, Allergien und Brustkrebs haben ebenfalls Aluminium im Hintergrund. Mit dem Zusatz von Aluminium lässt sich praktisch jedes Lebensmittel zum Auslöser von Allergien machen, sagt die Professorin für Pathophysiologie und Allergieforschung an der UNI Wien Dr. Erika Jensen-Jarolim (2). Zwischen Brustkrebs und der Anwendung von aluminiumhaltigen Deos in der Achselhöhle gibt es ebenfalls einen auffälligen Zusammenhang. (2) Ein Zusammenwirken mit dem Herbizid Glyphosate (Monsanto) macht die schädliche Wirkung auf Nervenzellen im Hirn noch brisanter. (7)

Die Anzahl von Alzheimerpatienten in Österreich stieg von 35.500 im Jahr 1951 auf etwa 130.000 heute. (8) Vor allem diese erschreckende Perspektive für die Zunahme der Alzheimerkrankheit, und deren aufwendige Behandlung, ließen weltweit die Alarmglocken auch in den staatlichen Umweltbehörden klingeln. Es rollt damit ja eine Lawine von Kosten für das Gesundheitssystem auf uns zu. Auch in Medien wird dieses Thema in Artikeln und Dokumentationen behandelt (2), (8),(9),(10)

In der Studie des Bundesministeriums für Gesundheit (1) wird auch auf die zunehmende Verwendung von Aluminium-Nanopartikeln hingewiesen: „Die kleinen Dimensionen der Aluminium-Nanopartikel scheinen demnach signifikant zur Neurotoxizität beizutragen. Eine Schädigungen an Blutgefäßen durch inhaliertes Nano-Alumina wurde

ebenfalls beobachtet □ dieses Material muss daher auch als Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen betrachtet werden. Ernstzunehmende Hinweise liefern Untersuchungen, wonach Nano-Alumina im Wasser die Übertragung von Antibiotikaresistenz-Genen zwischen Bakteriengattungen fördert. Im Hinblick auf die Zunahme antibiotikaresistenter Bakterienstämme sollte eine Freisetzung von Nano-Alumina in die Umwelt vorsorglich vermieden werden“.

Seit 2014 gibt es also die Studie des Bundesministeriums für Gesundheit "Aluminium Toxikologie und gesundheitliche Aspekte körpernaher Anwendungen" (1), die sich wie ein Krimi liest. Die einzig mögliche Konsequenz daraus wäre gewesen, zu sagen: „Wir haben die Giftigkeit von Aluminium unterschätzt und wir verbieten dessen Einsatz bei Lebensmitteln oder Lebensmittelverpackungen und bei allen Produkten mit Körperkontakt“. Die offizielle Reaktion bestand aber bloß darin, vor aluminiumhaltigen Gebrauchsartikeln zu warnen. Nach der Warnung durch die österreichische Behörde, das war in Europa die erste, warnten auch Ministerien anderer Staaten und dann auch die europäische Gesundheitsbehörde. Als symbolischer Akt wurde das Aluminium-Feldgeschirr des Bundesheeres abgeschafft. Aus dem Stadium der Besorgnis wurde das Problem nun schnell an die lange Bank, d.h.an die EU weitergereicht und die industrienahe (11) EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) hat für die Aluminiumbelastung aus Lebensmitteln einen industriefreundlichen Grenzwert von 1 mg/kg Körpergewicht und Woche empfohlen. Studien in mehreren europäischen Ländern ergaben jedoch, dass selbst dieser Wert bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung in Europa, insbesondere bei Kindern, überschritten wird. (1),(9) Also außer Warnungen an die Konsumenten „Meidet Aluminium“, bleibt es bei der Diskussion mit den Industrielobbyisten über bedarfsorientierte Grenzwerte zur Absicherung der Profite und die Vergiftung der Bevölkerung mit allen Folgeproblemen geht ungestört weiter.

## Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!

Nicht zu finden sind bei all diesen Betrachtungen über die tägliche Belastung mit Aluminium jedoch Werte zu Aluminium in der Luft und im Feinstaub, obwohl gerade das im Hinblick auf die Aufnahme über die Atemluft von eminenter Bedeutung wäre. Dafür existieren bis heute nicht einmal Grenzwerte und Analysen dazu werden daher amtlich auch nicht durchgeführt.

Trotzdem gibt es deutliche Hinweise dafür, dass die Luft-Aluminiumwerte in den letzten Jahren gestiegen sind. So konnte in 55 von 72 Regenwassermessungen durch zertifizierte Labors in

Deutschland zwischen Juli 2011 und November 2012 Aluminium nachgewiesen werden. Das sind immerhin 76 Prozent der Proben. (12) Dieses kann nur in Partikelform ins Regenwasser gelangt sein und wird dann als Aerosol im Regenwasser „gelöst“ abgerechnet.

Das Bayerischen Landesamt für Umwelt misst als einziges Institut in Europa neben anderen Elementen auch die Aluminiumwerte im Staubbiederschlag und veröffentlicht die Resultate in den „Lufthygienischen Jahresberichten“. Die Werte zeigen einen Anstieg von Aluminium auf das **Dreifache** von 2010 bis 2015 (von 150-350 µg/m<sup>2</sup>\*d auf 400-1000 µg/m<sup>2</sup>\*d), die gemessenen Höchstwerte stiegen sogar auf das **Vierfache** (von 438 gemessen in Regensburg auf 1800 gemessen in Würzburg).(13)

Auch auf die Messung von Aluminium in der Kabinenluft von Verkehrsflugzeugen wird von Arbeitsmedizinern immer wieder hingewiesen. Entsprechende Messwerte, wie auch die erhöhten Werte für Aluminium im Urin von Flug-Personal bei regelmäßigen Gesundheitskontrollen „verschwinden“ jedoch aus dem Internet, da sie das Fluggeschäft stören könnten. Diese Personengruppe atmet nämlich die zum Druckausgleich verdichtete Außenluft wesentlich häufiger ein als die Passagiere. Diese würden beim Wissen, was da alles am Himmel stinkt, wahrscheinlich viele Flüge unterlassen. (14)

Neben der Aufnahme mit der Nahrung und mit Kosmetikartikeln atmen wir also auch ständig Aluminium ein und dies wahrscheinlich in der ganz gefährlichen Form als Nanopartikel im Feinstaub. Dieses Problem ist aber erst in der Phase 1 der politischen und amtlichen Reaktion: **„Wir wissen nichts, wir messen nichts, es gibt keine Regulierung und keine Grenzwerte, somit auch kein Problem“.**

Wir werden in den folgenden Ausgaben weitere Aspekte dieser Luftverschmutzung, bis hin zum Einfluss auf Umwelt und Klima, und den amtlichen Umgang der Behörden und unserer politischen Vertreter mit diesen Problemen aufzeigen. Es erhebt sich aber schon jetzt die Frage: **„Wählen und bezahlen wir unsere Politiker dafür, dass sie faule Kompromisse mit skrupellosen Profiteuren in der Großindustrie aushandeln oder sollten sie nicht die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung, wie die Gesundheit und die Umwelt schützen?“**

*Fortsetzung folgt*

(1) [www.bgm.gv.at](http://www.bgm.gv.at) Suchbegriff aluminium studie 2014

(2) Akte Aluminium [www.youtube.com/watch?v=4k\\_zQzk7CCI](http://www.youtube.com/watch?v=4k_zQzk7CCI)

(3) Bhattacharjee S, Zhao Y, Hill JM, Percy ME and Lukiw WJ (2014) Aluminum and its potential contribution to Alzheimer's disease (AD). *Front. Aging Neurosci.* 6:62. doi: 10.3389/fnagi.2014.00062

(4) S.Virk, G.D Eslik, Aluminum Levels in Brain, Serum, and Cerebrospinal Fluid are Higher in Alzheimer's Disease Cases than in Controls, in J. of Alzheimer's disease: JAD 47 (3):629-638

(5) De Sole et al. 2013, De Sole et al. (2013). Possible relationship between Al/ferritin complex and Alzheimer's disease. Clin. Biochem.

(6) Russell L. Blaylock, Aluminum Induced Immunoexcitotoxicity in Neurodevelopmental and Neurodegenerative Disorders, Current Inorganic Chemistry, 2012, Vol. 2, No. 1

(7) Seneff, S., Swanson, N. and Li, C. (2015) Aluminum and Glyphosate Can Synergistically Induce Pineal Gland Pathology: Connection to Gut Dysbiosis and Neurological Disease. Agricultural Sciences, 6, 42-70.

(8) [www.nachrichten.at/nachrichten/gesundheit/Alzheimer-Das-grosse-Vergessen-macht-Angst;art114\\_2347560](http://www.nachrichten.at/nachrichten/gesundheit/Alzheimer-Das-grosse-Vergessen-macht-Angst;art114_2347560)

(9) <http://derstandard.at/1353206569403/Aluminium-Eine-ernsthafte-Bedrohung-fuer-die-Gesundheit>

(10) [http://www.natur-wissen.com/wp-content/uploads/2014/04/140729\\_lebe\\_ausg\\_0314\\_08\\_aluminium.pdf](http://www.natur-wissen.com/wp-content/uploads/2014/04/140729_lebe_ausg_0314_08_aluminium.pdf)

((11) [www.lobbycontrol.de/2010/12/die-europaische-behorde-fur-lebensmittelsicherheit-schutz-der-verbraucher-oder-der-industrie-interessen/](http://www.lobbycontrol.de/2010/12/die-europaische-behorde-fur-lebensmittelsicherheit-schutz-der-verbraucher-oder-der-industrie-interessen/)

(12) <http://www.sauberer-himmel.de/2012/12/29/aluminiumgehalt-in-regenwasser-einblick-auf-deutschland/>

(13) [www.lfu.bayern.de/luft/immissionsmessungen/luftthygienische-berichte/index.htm](http://www.lfu.bayern.de/luft/immissionsmessungen/luftthygienische-berichte/index.htm)

(14) [www.ivuev.org/aerotoxik/kontaminierte-kabinenluft/fluggesellschaften-und-flugzeughersteller-und-ihr-raetselhaftes-schweigegeluebde-gifte-in-flugzeugen/](http://www.ivuev.org/aerotoxik/kontaminierte-kabinenluft/fluggesellschaften-und-flugzeughersteller-und-ihr-raetselhaftes-schweigegeluebde-gifte-in-flugzeugen/)

## Gedanken zum 1.Mai!

Für den 1.Mai 1886 war in den USA ein Generalstreik zur Durchsetzung des achtstündigen Arbeitstages angesetzt. 350.000 Arbeiter streikten, 40.000 in Chicago.

Am 3.Mai wurden 1400 streikende Arbeiter einer Fabrik zur Herstellung von Landmaschinen ausgesperrt. Durch eine Kampagne der Chicagoer Arbeiterzeitung informiert, meldeten sich unter den tausenden arbeitslosen Neueinwanderern, die vor den Fabriktoen um Arbeit anstanden, nur 300 die als Streikbrecher bereit zur Arbeit waren und diese wurden von 400 Polizisten in die Fabrik geleitet.. Auf demonstrierende Arbeiter wurde von der Polizei geschossen und dabei sechs Arbeiter getötet und zahlreiche verletzt. Auf Flugblättern wurde zu einer Demonstration am 4. Mai auf dem Haymarket Platz aufgerufen, wo dann drei Sprecher der Arbeiterbewegung, August Spies, Albert Parsons und Samuel Fielden zu etwa 3.000 Arbeitern gesprochen haben.

Nachdem die Kundgebung bereits beendet war, der Bürgermeister die Polizei entlassen und die Veranstaltung verlassen hatte, tauchten plötzlich 180 Polizisten auf, eröffneten das Feuer und erschossen zahlreiche Menschen. Während der Schießerei wurde ein Sprengkörper in eine Gruppe Polizisten geworfen, wobei sechs Polizisten getötet wurden. Das führte zu einer antikommunistischen Hysterie (Red Scare = Rote Angst), die sich in einer Stigmatisierung, Verfolgung und Massenverhaftung von politisch Linken, ganz besonders von Einwanderern austobte. Gerade die acht wichtigsten Akteure der Arbeiterbewegung, darunter die drei Sprecher vom Haymarket wurden in einer Farce von Prozess als Verantwortliche für die Bombe zum Tode verurteilt, obwohl kein Zusammenhang mit den bis heute unbekanntem Bombenwerfern festgestellt werden konnte. Parsons, Spies, Engel und Fischer wurden durch Erhängen hingerichtet, ein Verurteilter beging in seiner Zelle Selbstmord (?), die übrigen wurden vom Gouverneur von Illinois begnadigt.

Der Prozess und die Hinrichtung der Verurteilten wird als einer der größten Justizmorde der USA gewertet.

August Spies war Herausgeber der schon genannten, deutschsprachigen Chicagoer Arbeiterzeitung (ja so etwas gab es) 1) mit dem Untertitel: „Unabhängiges Organ für die Interessen des Volkes; Organ der internationalen Vereinigung des arbeitenden Volkes. Die ebenfalls hingerichteten, Adolph Fischer und Georg Engel waren für den Druck dieser Zeitung verantwortlich. Es wurden also jene Akteure der Arbeiterzeitung, die durch ihre Artikel eine hohe Beteiligung an den Streiks erreicht hatten, hingerichtet. Die Arbeiterzeitung und andere linke Zeitungen vertraten zunehmend staatskritische, anarchistische Positionen und setzten immer stärker auf die internationale Vereinigung der Arbeiter – das war für die multinationale kapitalistische Entwicklung der Industrie besonders gefährlich. Berührend und aufschlussreich ist die Rede von August Spies nach seinem Todesurteil, aus der noch heute folgende Worte zitiert werden: **„Die Zeit wird kommen, wo unser Schweigen stärker ist, als die Stimmen, die Sie heute erdrosseln.“** (2)

Im gleichen Zeitraum vereinte Victor Adler in Wien Gewerkschaften und Genossenschaften zur Sozialdemokratie. Er schrieb erschütternde Berichte in der Zeitung „Gleichheit“ über die „Sklaven vom Wienerberg“, die an sieben Tagen in der Woche, täglich bis zu 15 Stunden in der Ziegelfabrik schufteten mussten. Nebenbei behandelte er als Arzt kostenlos Arme, die sich einen Arztbesuch nicht leisten konnten.

Das war also der Ausgangspunkt für die Tradition der Arbeiterbewegung den 1.Mai zu begehen.

Angesichts dieser historischen Persönlichkeiten und der Leiden, mit welchen der 1.Mai, der 8 Stunden Tag und andere Sozialrechte mühsam und blutig erkämpft wurden, erscheint das Getümmel der heutigen Parteibonzen am 1. Mai am Rathausplatz

als zynisches Spektakel. Hier wird die Flexibilisierung der Arbeitszeit, also genau die Abschaffung des 8 Stunden Arbeitstages ernsthaft verhandelt, die Reduzierung der Mindestsicherung ausgeheckt („mindest“ ist schon die höchste Steigerungsstufe für minder – also kleiner und schlechter geht’s nicht) um einige Menschen tiefer ins Elend zu stoßen oder zu prekärer Zwangsarbeit (1 Euro) zu zwingen, die Lohnnebenkosten sollen gesenkt werden, was letztlich ein Sozialabbau ist (geringere Pensionsleistungen und Krankenversicherung), der von den arbeitenden Menschen bezahlt wird. Es wird sogar darum „gestoßen und gerangelt“, wie man mit der „sozialen Heimatpartei“ mit blauer Tarnfarbe am besten kuscheln könnte und am Ausbau eines Spitzel- und Polizeistaates wird fleißig mitgewirkt.

Hat der Parteigründer noch Arme kostenlos ärztlich behandelt, tritt der jetzige Parteiführer im Zuge eines Werbegags bestenfalls als Pizzalieferant in die Kamera. Statt sich gegenseitig zu beweihräuchern, müsste den Funktionären am Rathausplatz die Schamröte ins Gesicht steigen und den ganzen Rathausplatz und die Umgebung bis zur Hofburg und zum Parlament rot ausleuchten. Das kann aber nicht passieren, denn die **können schon lange nicht mehr rot werden**, sie sind schamlos, unverschämt.

Zur Wahl steht schon seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, das „kleinere Übel“. Das Problem ist aber, dass auch dieses kleinere Übel immer größer wird.

In letzter Zeit zeichnet sich fast weltweit nur die Wahl zwischen üblen Neoliberalen oder üblen faschistoiden Nationalisten ab. Beide vertreten mit Sicherheit aber nicht die arbeitende Bevölkerung. Setzt sich diese Spirale fort, dann ist die nächste Stufe die Wahl zwischen lokalen Faschisten (analog zu Dollfuß/Schuschnigg) und krieglerisch expandierenden Globalfaschisten (analog zu Hitler) mit Wahnvorstellungen zur Weltherrschaft. Bekanntlich war das aber auch schon das Ende der Wahlen und die brutalere und mächtigere Bewegung hat sich durchgesetzt und Krieg, Elend und Massenvernichtung gebracht.

Es ist kein Wunder, dass den Menschen von dieser Auswahl übel wird und sie der Wahl bis zu 50% fernbleiben. Wichtig wäre zu zeigen, dass dies nicht Politikverdrossenheit ist, sondern eine tiefe Enttäuschung darüber, wie Politik betrieben wird.

Diese Frustration sollte möglichst schnell zu organisierten Aktionen und der Wiederbelebung der wahren Ideen und Konzepte der Arbeiterbewegung führen.

Es wäre ja nicht so schwer, sich eine Gewerkschaft auszudenken, die nicht um Minimallohnerhöhungen feilscht und dabei zusieht wie immer mehr mühselig erkämpfte soziale Ansprüche zu Almosenleistungen degenerieren. Es könnte ja auch eine Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit, also eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich gefordert werde. Damit müsste auch eine gerechte Verteilung der enormen Produktivitätsgewinne einhergehen, die bisher praktisch ausschließlich den Firmeninhabern zugutekommen. Diese Gewerkschaften müssten international so vernetzt sein, dass weltweit die Ausbeutung und das gegeneinander Auspielen der Armen und Unterprivilegierten unterbunden wird. Alle können von dieser Welt und den erzeugten Produkten gut leben.

Es wäre auch nicht schwer Genossenschaften, sowohl für den Konsum als auch für die Produktion auszudenken, welche die totale Abhängigkeit von multinational agierenden Großkonzernen mit ihren Wegwerfprodukten reduzieren würde und ein Leben mit gesunden Nahrungsmitteln und langlebigen und reparaturfähigen Produkten ermöglichen würde.

Aus solchen Gewerkschaften und Genossenschaften könnte man vielleicht, wie einst Victor Adler, wieder eine Partei formen, welche die unterprivilegierte und an den Rand gedrängte Mehrheit der Bevölkerung vertritt und für die man sich nicht schämen muss. Diese Partei könnte sich dann – vielleicht auch nur im Internet – eine Arbeiterzeitung leisten und es müssten nicht einzelne Funktionäre mit ihren Ergüssen auf Twitter und Facebook um „friends“ und „likes“ schleimen.

Wenn dies vor 120 Jahren, zu Zeiten der frühen Arbeiterzeitung und Arbeiterbewegung möglich war, warum soll das heute in der sogenannten Informationsgesellschaft unmöglich sein?!

Glück auf!

(denn es muss nach oben gehen – wie es am Grunde der Grube zugeht, wissen wir schon)

1) <http://ur.dadaweb.de/dada-p/P0001137.shtml>

2) <http://users.wfu.edu/zulick/341/spies.html>

VfGH-Präsident Gerhard Holzinger:

## Gegen ständig neue Sicherheitsgesetze

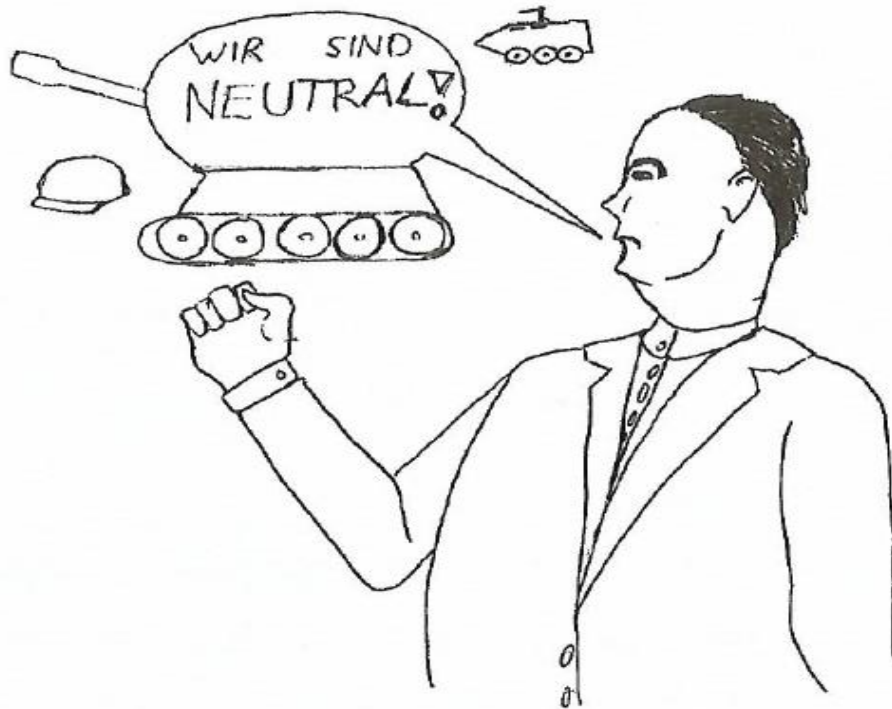
Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes (VfGH), Gerhard Holzinger, warnt davor, „immer neue Gesetze anzukündigen, wenn etwas im In- und Ausland“ passiere (Terrorakte). Ohne Innenminister

Sobotka, Verteidigungsminister Doskozil, Außenminister Kurz oder FP-Strache ausdrücklich zu nennen meint Holzinger, dass, immer nach neuen Sicherheitsgesetzen zu rufen, das Vertrauen in den

Rechtsstaat gefährde. Wer wenn nicht die Verfassungsrichter müssten es wissen, wie es um unseren Staat bestellt ist. So hat ja schon der frühere und vor kurzem verstorbene VfGH-Präsident Korinek schon 2007 festgestellt: „**Ich habe**

**manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi**“ (Presse, 20./21. Okt. 2007). Und die Überwachungsstaatrufer sind heute nicht gerade weniger geworden, im Gegenteil, siehe eingangs.

## Neutralitätsverletzungen seit 1998



GS

► 1998: Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23f – ein glatter Verfassungsbruch – schon damals Zustimmung zu Kampfeinsätzen auch ohne UN-Bindung.

► Seit 1995 gehört Österreich der sog. „NATO-Partnership for Peace“ an, in diesem Rahmen stellt das Bundesheer z.B. die größte Truppe in der NATO-geführten Mission im Kosovo.

► 2004: Österreichs Regierung unterschreibt die neue EU-Verfassung, die besagt, dass ständige Aufrüstung verpflichtend ist.

► Seit 2002 kooperiert das neutrale Österreich mit der EU auch militärisch (EU-Battlegroups, EU-Missionen am Balkan, in Mali usw., bei Frontex). Allein von 2014 bis 2016 führten NATO-Staaten mehr als 3.200 Transporte an Militärpersonal und Material durch Österreich in Richtung Ukraine - ein glatter Bruch der Verfassung.

► 2017 plant Doskozil: 800 Soldaten sollen zur Terrorprävention an der EU Außengrenze am Balkan wegen der dortigen islamistischen Tendenzen zum Einsatz kommen. Österreich schickt Gebirgsjägertrainer zum NATO-Einsatz nach Afghanistan, Bundesheer-Soldaten sollen nach Syrien, Libyen und Mali zum Kriegseinsatz geschickt werden.

► Das alles ist mit unserer Verfassung, unserer Neutralität unvereinbar. Doskozil versteckt den Verfassungsbruch hinter der Wortschöpfung „Interessensgeleitete Neutralitätspolitik“.

► **Am 16. März 2017 beschloss das EU-Parlament:** Jeder EU-Staat muss mindestens 2% des BIP für Militär und Rüstung ausgeben. Das bedeutet zu den derzeit schon ca. 200 Milliarden noch weitere 100 Milliarden für Rüstung und internationale Militäreinsätze bis Ende des nächsten Jahrzehnts. Auch alle österreichischen Abgeordneten von ÖVP und SPÖ stimmen im EU-Parlament zu!

► Für Österreich heißt das: Unsere Abgeordneten, im Auftrag der Regierung, missachten wieder einmal die Neutralität! Sie stimmen einer Verdreifachung unserer Militärausgaben zu, denn das bedeutet 2% von unserem BIP. Von derzeit ca. 2,2 Milliarden Euro soll das Heeresbudget auf ca. 6,5 Milliarden steigen, das sind u.a. Ausgaben für Rüstung und Kriegseinsätze österreichischer Soldaten, sei es in Libyen, Syrien, Mali oder Afghanistan usw. **Wiederum eine eklatante Verletzung der Neutralität!**

► **Gegen jede Kriegsvorbereitung, gegen jede Unterstützung und Beteiligungen an Kriegen**

► Für ein österreichisches Bundesheer, das der Neutralität und dem Schutz der Bevölkerung verpflichtet ist

► Keine Berufssoldaten (Berufsarmee)

► Keine Soldaten im Ausland,

► keine Beteiligung an den Angriffskriegen

► Treten wir selbstständig und gemeinsam für die Neutralität ein!

► Das Neutralitätsgesetz ist Ausdruck des Willens der Österreicher/Innen

*Artikel 1: Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immer währende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mittel aufrechterhalten und verteidigen.*

*Artikel 2: Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.*

**Nie wieder Krieg für Großmachtinteressen, nie wieder auf fremden Schlachtfeldern kämpfen und sterben gehen müssen.**

## NATO-Truppen in Österreich

Ab Anfang Juni durchqueren über Wochen hindurch zuerst amerikanische und britische Truppen mitsamt Panzern und schwerem Gerät Österreich, danach auch deutsche Truppen, mit der Bahn und auf den Autobahnen. Ca. 550 Fahrzeuge werden so Österreich queren. Sie fahren vom Westen kommend über Nickelsdorf nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Dort findet das US-geführte NATO Groß-Manöver „Saber-Guardian 17“ statt, an dem ca. 25.000 Mann teilnehmen.

Österreichs Verteidigungs- und Außenminister haben diesen Transit genehmigt („Die Presse“, 7. Juni 2017).

Das ist mit dem Neutralitätsgesetz nicht vereinbar. Diese Manöver sind im Übrigen eine Vorbereitung der US-geführten NATO Staaten auf den großen Krieg mit Russland, um diesen Staat dem Westen gefügig zu machen. Dieser Krieg, wenn er stattfindet, soll, geht es nach dem Willen der treibenden Kraft, den USA, auf europäischen Boden

stattfinden. In der Konkurrenz mit den führenden europäischen Mächten stellen die USA die größte Bedrohung für den Frieden dar.

Dazu schrieb ein unverdächtiger Zeitzeuge, der **frühere stv. US-Finanzminister Paul Craig Roberts** im August 2014:

*„Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr‘ zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die Europäer als Truppenaufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden.“*  
(„Washington chokes truth with lies“)

Israel – Österreich:

## Kooperation zur „Terrorismus-Bekämpfung?“

**Bundeskanzler Kern traf bei seinem Israel-Besuch im April Regierungschef Netanjahu, Verteidigungsminister Lieberman und Präsident Rivlin.**

Kern sprach u.a. von der vertieften Zusammenarbeit zwischen Israel und Österreich. Kern besuchte u.a. die boomende israelische Start-up Szene und die Fa. Mobileye, den Marktführer bei autonomen Fahrzeugen (selbstfahrende Automobile), der auch schon mit österreichischen Unternehmen bzw. Ministerien im Geschäft ist.

Rivlin sagte u.a., dass es zwischen den beiden Ländern ein großes Potenzial für eine strategische Partnerschaft in Bereichen wie „Terrorismusbekämpfung“, aber auch „grüner Energie“ gäbe.

Bei der „Terrorbekämpfung“ ist ja Israel seit Jahrzehnten Experte! Nur versteht Israel doch etwas anderes darunter als das demokratische Österreich oder nicht? Israel unterstützt seit langem islamistische Terrorgruppen wie die Al Nusra und den IS.

Das ist kein Geheimnis. Mehr als 1.000 ihrer Kämpfer, die die UN-Blauhelm-Mission und Bewoh-



ner vom syrischen Teil der Golanhöhen vertrieben hatten, wurden seit 2012 in israelischen Militärkrankenhäusern versorgt. Und General Herzl Halevi, Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, erklärte im Juni 2016 auf der israelischen »Sicherheitskonferenz« in Herzlija unverblümt, dass Israel den »Islamischen Staat« gegenüber der syrischen Regierung »bevorzugt«. Man wolle daher nicht, dass der IS in dem Krieg geschlagen werde. Wenn Syrien von den Islamisten eingenommen werde, sei das für Israel besser, als wenn sich dort eine Regierung halte, die mit dem Iran verbündet sei. Halevi begründete seine Ausführungen damit, dass sich die »Großmächte« bei einer Niederschlagung des IS aus Syrien zurückziehen müssten. Das aber würde Tel Aviv in eine »schwierige Lage« versetzen. Damit das nicht eintrete, denke das israelische Militär darüber nach, wie man den »Islamischen Staat« unterstützen könne. »Direkt« – nicht nur rhetorisch (Karin Leukefeld, 18.03. 2017).

Diese Politik Israels ist direkte Stellvertreter-Politik für die USA, die derzeit so offen den IS nicht unterstützen können.

**Das neutrale Österreich bzw. sein Kanzler kooperiert mit Israel, mit einem Staat, der den IS dabei militärisch und logistisch unterstützt**, auf syrischem Staatsgebiet seine Terror-Herrschaft zu befestigen bzw. auszuweiten, den IS, diese bezahlte Söldnertruppe, die sich rühmt, dutzende Attentate auf der ganzen Welt, in den letzten Jahren auch vermehrt in Europa verübt zu haben.

Die Staatsterroristen der israelischen Regierung bekämpfen und unterdrücken die Palästinenser, sie besetzen seit Jahrzehnten ihre Gebiete. Gleichzeitig unterstützen sie die Kopfabsteher des IS!

Beides bezeichnen sie als Terror-Bekämpfung! Österreich bzw. unser oberster Vertreter, Bundeskanzler Kern, sagt: „Wir stehen Seite an Seite als wahrer Freund Israels“. Das ist mit unserer Neutralität völlig unvereinbar!

Doch Kern, ein wahrer Freund Israels, ist mit seiner Haltung nicht allein. Kurz und Strache sind schon nach Israel gepilgert. Sie alle wollen auch von dessen „Terrorismus-Bekämpfung“ lernen, ebenso wie beim Ausbau des Sicherheitsapparats, beim Bau von Grenzzäunen, bei der Überwachung mit Drohnen, bei der Aufrüstung – Israel bietet dabei jahrzehntelanges know-how ebenso wie high-tech-Waffen etc. Während bei uns Rot und Schwarz, Doskozil und Sobotka, Strache rechts überholen und sich als die tüchtigsten Terroristen-Bekämpfer präsentieren und dabei gleich den Überwachungsstaat noch weiter ausbauen und demokratische Grundrechte weiter einschränken, kooperieren sie in Israel mit den Staatsterroristen.

P.S.

Im Übrigen haben der US-Verteidigungsminister James Mattis und sein israelischer Amtskollege Avigdor Lieberman gerade ein neues Abkommen für Militärhilfe bis 2028 im Ausmaß von 38 Milliarden Dollar unterzeichnet.

---

# Hochhausbrand

im Grenfell Tower,

London, 13./14. Juni 2017

## Anzahl der Toten: geheim

*Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist verboten.*

(nach Bert Brecht)



---

## Facebook – Zensur?

Könnt Ihr euch noch erinnern? Am 23. März 2017 hat's im größten ukrainischen Munitionsdepot gebrannt – zwei Tage lang. Zwischen 20 000 und 45 000 Leute mussten evakuiert werden (bzw. haben sich – mangels staatlicher Unterstützung – selbst 'evakuiert'). In Facebook war ein Bild mit kurzer Beschreibung zu sehen, bei dem nur die offiziellen ukrainischen Statements wiederholt wurden: 'Die Russen waren's, die Lugansker waren's. Da hab ich mir gedacht, folgende Meldung der Agentur Ria Novosti wäre interessant hinzuzufügen:

### **„Lugansk weist Schuldzuweisungen zurück**

*Die selbsterklärte Volksrepublik Lugansk hat die Anschuldigungen zurückgewiesen, hinter den Explosionen und dem Brand im Munitionsdepot in Balakleja zu stehen. Der Sabotage-Akt sei vielmehr vom ukrainischen Militär selbst verübt worden, um Fehlbestände bei den Waffen zu kaschieren, hieß es.*

**Die ukrainischen Streitkräfte haben Munition verkauft. Als die Führung des Waffenlagers von dem Besuch des stellvertretenden Verteidigungsministers für Bewaffnung, General Pawlowski, erfuhr, hat sie einen Sabotageakt zur Sprengung dieses Depots organisiert, um die enormen Fehlbestände zu vertuschen, sagte der Sprecher der Lugansker Volksmiliz, Andrej Marotschko, gegenüber der Agentur RIA Novosti.“**

Ich steige aus Facebook aus und wieder ein, um mir das Ergebnis anzusehen. Und jetzt kommt's: Nichts. Alles weg. Der Original-Eintrag mit Bild, der von mir angefügte Kommentar – wurde binnen zehn Sekunden aus Facebook gelöscht. Willkommen im Freien Westen.

Übrigens: Die Firma ARVATO ist eine 100%ige Tochter des Bertelsmann-Konzerns. Dort arbeiten unter anderem 600 (!) Angestellte an der Löschung von unerwünschten Facebook-Postings. Die Regeln, nach denen gelöscht wird, sind geheim. (Quelle: Süddeutsche vom 15. Dezember 2016)

War mein Posting auch dabei?

---

## Klima vor Profit

### **Die Aufregung war groß, als jüngst US-Präsident Trump aus dem Klimaabkommen von Paris ausstieg.**

Dass ein Präsident, der besonders der Kohle- und Ölindustrie verpflichtet ist, den Klimawandel leugnet, damit die Geschäfte weiter wie geschmiert laufen, ist katastrophal, verwundert aber nicht.

Dass in Europa, China oder anderswo die „Entscheidungsträger“ dieser Welt jetzt „trotzig“ so tun, als würden jetzt s i e eben das das Klima „alleine“ retten und seien die „Guten“ auf der Welt, ist ebenso widerlich und lenkt in mehrfacher Weise von der das Klima und damit Mensch und Umwelt massiv schädigenden Wirklichkeit ab, die von der globalen Profit- und Wegwerfwirtschaft geprägt ist.

Die einzigen, bislang wirklich völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen, die Klimarahmenkonvention von Rio 1992 und die beim Weltklimagipfel in Kyoto 1997 im Protokoll genau bezifferten Treibhausgas-Reduktionsziele für alle Industrieländer hat kein Vertragspartner eingehalten. Die Nachfolgeabkommen waren wenig verbindlich und das hochgejubelte Pariser Klimaabkommen der Gipfel der Unverbindlichkeit, was die nationale Umsetzung betrifft. Auch Österreich ist mit seinem Ausstoß an Treibhausgasen weit über dem Kyoto-Ziel und weit

weg vom viel gepriesenen „Umweltmusterland“.

Aber alles, was unverbindlich ist, eignet sich besonders für Werbestrategen in Politik und Wirtschaft für vollmundige Ankündigungen. So sind seit einigen Jahren die größten Supermarktketten Österreichs im Verein mit Kronen-Zeitung, Global und Greenpeace zu „echten Klimakämpfern“ mutiert. So steigen zwar die Treibhausgasemissionen weiter an, aber Spar, Rewe oder Post, um nur einige zu nennen, sind werbewirksam „CO2-neutral“ unterwegs. Ebenso die Politik. Allen voran die neue „West-Werte-Fackelträgerin“ und die deutsche Kohle-Förderin, Angela Merkel – und mit ihr im Schlepptau Frankreichs neuer Stern Macron, aber auch unsere Politprominenz von Kern bis Kurz und Grüne, während die sich ach so umweltfreundlich und „heimat-sozial“ gebenden FP-Braun-Blauen gerne dem US-Milliardärs-Präsident Trump bei der „Klimalüge“ die Stange halten.

Profitinteressen diktieren allerorts a u c h die „Klimapolitik“. Findige Geschäftsleute und ihre Politiker bewerben ja schon längst die Atomkraft als Ausweg oder reden nicht mehr vom Kampf gegen den Klimawandel, sondern von „Klimaanpassung“. Was bedeutet, dass noch mehr Geld in die „Verhinderung“ von negativen Folgen gesteckt werden soll – ähnlich der Lawinenverbauung, der

Flussbegradigung (also Naturzerstörung) und nachfolgenden „Renaturierung“ usw. usf. So werden nicht die Ursachen der Katastrophen bekämpft, die negativen Folgen nicht verhindert, sondern bloß profitabel verwertet, koste es was es wolle – und sei es Menschenleben. Wird dieser Teufelskreis nicht

durchbrochen, steht es immer schlechter um unser Klima, unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlagen.

**Deshalb haben die Demonstranten beim jüngsten „People’s for Climate March“ im April gefordert: Klima vor Profit!**

Deutschland – Im Interesse der Atommafia:

## Aus für Brennelementesteuer

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat die 2011 eingeführte und vorerst bis Ende 2016 befristete Brennelementesteuer (sie wurde bei jedem Wechsel der Brennelemente fällig) für die Atomkonzerne rückwirkend als verfassungswidrig aufgehoben. Aus dieser Steuer hätte das leckere Atomlager Asse in Niedersachsen saniert werden sollen. Das heißt, die deutschen Steuerzahler müssen 6,3 Milliarden plus Zinsen an die Atomkonzerne zurückzahlen. Die Atomriesen RWE, E.ON und EnBW jubeln, ihre Aktienkurse stiegen sofort.

Geklagt haben die Atomkonzerne, weil die deutsche CDU/CSU-FDP-Regierung nach dem „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ von SPD-Kanzler Schröder längere Laufzeiten für AKWs beschloss, aber nach dem Reaktor-Mega-Gau von Fukushima Deutschland doch den Atomausstieg bis 2022 festlegte und weitere Vereinbarungen mit den AKW-Betreibern schloss, was diese als lästige Zusatzbelastung ansahen.

Parallel dazu wurde in Deutschland der sogenannte „Atomausstieg“ mit den Atomkonzernen verhandelt und von der deutschen Regierung und vom deutschen Ex-Grünen Umweltminister Trittin als Ver-

handlungsführer für die CDU/CSU-SPD-Koalition das Ergebnis als Erfolg gefeiert. Mit einer knapp 24 Milliarden Euro Einmalzahlung konnten sich die Atomkonzerne von allen Folgekosten freikaufen.

So schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 11.12.2016 nach der Einigung der Regierung mit den Atomkonzernen: „Die Kernkraftwerksbetreiber zahlen insgesamt 23,5 Milliarden Euro in einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Dafür übernimmt der Bund die Verantwortung für Bau und Finanzierung von Zwischen- und Endlagern. Die Energiekonzerne sind damit weitergehende Risiken los.“

Beschlossen wurde dieses „Atomausstiegs“-Gesetz mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und auch von den Grünen. Dabei wurde darauf „vergessen“ von den Atomkonzernen zu verlangen, dass sie sich verpflichten, alle sonst noch anstehenden Klagen in Zusammenhang mit Atom, wie eben die Klage gegen die Brennelementesteuer, zurückzuziehen.

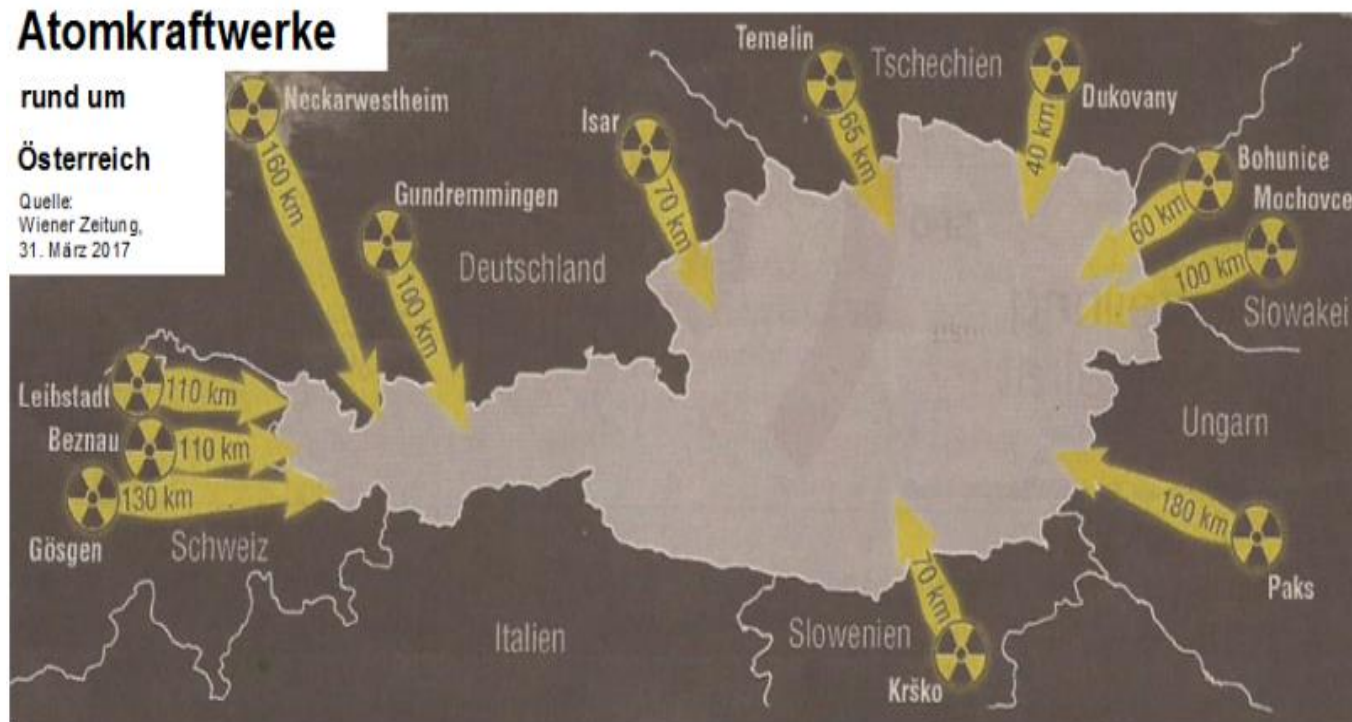
Man sieht daran beispielhaft, wie die Politik im Interesse der Konzerne handelt: nicht nur auf Kosten, sondern vor allem zum Schaden für Gesundheit und Leben der Menschen.

### Atomkraftwerke

rund um

Österreich

Quelle:  
Wiener Zeitung,  
31. März 2017



**Belgien:**

## 3.219 Risse im AKW Tihange 2

Im belgischen AKW wurden laut belgischem Innenminister 70 Risse mehr als schon 2014 entdeckt. Und? „Die Sicherheit des Reaktors sei damit in keiner Weise infrage gestellt“, so der Minister (Standard. 10. Juni 2017). Alles klar? Neu ist: man verschweigt nicht mehr – allerdings erst auf vehemente Nachfrage der Anti-Atom-Organisation „Nuclear Stop“ – aber man erklärt insgesamt 3.219 Risse einfach für „ungefährlich“.

**Schweiz:**

## Atomausstieg?

Die Schweiz stimmte am 21. Mai 2017 für einen Ausstieg aus fossiler Energie bis 2050. Super! Neue Atomkraftwerke dürfen nicht mehr gebaut werden. Super! Die fünf nach wie vor bestehenden AKWs allerdings dürfen weiterbetrieben werden, solange sie sicher sind. Gar nicht super, weiß man doch wie „sicher“ die Atomkraft ist. Nachdem der Atomprotest

im Atomland Schweiz auch immer größer wird, musste die Regierung dem entsprechen. Durch das Schieben auf die höchstgefährliche lange Atombank. Noch 30 Jahre Betriebszeit für jetzt schon 30 und mehr Jahre alte Atommeiler ist ein Hochsicherheitsrisiko!

**Kroatien/Slowenen:**

## Wieder Störfall im AKW Krsko

Das in den 1970er Jahren von der US-amerikanischen Atomfirma Westinghouse errichtete AKW liegt auf einer Erdbebenlinie und ist das AKW mit dem höchsten Erdbebenrisiko in Europa. Zuletzt gab es im Februar einen Störfall, nun schon wieder im April 2017. Trotzdem soll das 1983 in Betrieb gegangene AKW bis 2043, also insgesamt 60 Jahre (!) in Betrieb bleiben. Ausgelegt war das AKW vom Hersteller auf 25 bis max. 30 Jahre Laufzeit. Eine tickende Zeit(atom)bombe, wie auch die anderen weit überalterten AKWs rund um Österreich in Ungarn, der Schweiz, Deutschland, Tschechien und der Slowakei.

# Frankreich-Wahl

Der „Sieg“ Macrons „La Republique En Marche“ (LREM) bei den Parlamentswahlen mit 32% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von bloß 48% im ersten gar nur mehr 42,6% (!) im zweiten Wahlgang bedeutet real, dass er mit bloß 12% - 16% der Stimmen der Gesamtwahlberechtigten das ganze Land regiert. Ist das die „neue Revolution“, als welche die Medien Macrons „Sieg“ hinstellen? Der neue Präsident stellt mit seiner LREM-Partei eine absolute Minderheit dar, somit eine neoliberale

Diktatur von oben im Demokratie-Mehrheits-Gewand. Denn trotz dieses absolut mageren Stimmergebnisses bekommt seine LREM 350 der 577 Parlamentssitze.

Wie sagte der Kandidat der Linken, Melenchon, nach der Parlamentswahl: Die **hohe Enthaltung** bei der Wahl sei eine Art „**Generalstreik der Bürger**“. **Die neue Regierung habe „keine Legitimität“, um den von ihr geplanten „sozialen Staatsstreik durchzuziehen“.**

### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen!***

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache weiterhin benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Sozial- und Demokratieabbau, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. **Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.**

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer 2017!*

## **ACHTUNG!**

### **NEUES Spenden-Konto**

**Einzahlungen:** mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

**EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie

**Verwendungszweck:** Spende

**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

**BIC:** BAWAATWW

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „**Sponsoringpost**“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

**Spendenkonto NEU** bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** **BIC:** BAWAATWW **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende